

Stellungnahme zum EIOPA Arbeitspapier zur Versicherbarkeit von Pandemierisiken und zur GDV Positionierung

Der Gesamtverband der versicherungsnehmenden Wirtschaft (GVNW) und der Bundesverband Deutscher Versicherungsmakler (BDVM) haben im Sommer 2020 die Notwendigkeit einer staatlich und privatwirtschaftlich finanzierten Pandemieabsicherung in Form eines sog. PPP-Modells (Public-Private-Partnership) für die Bundesrepublik Deutschland formuliert - verbunden mit dem Angebot einer konstruktiven Mitarbeit hieran. Der GVNW und der BDVM sehen weiterhin die Notwendigkeit, die gesamte Wirtschaft – also alle Arten und Größen von Unternehmen sowie Selbstständige – in die Absicherung durch eine solche Lösung einzubeziehen, denn ein Absicherungsbedarf besteht nicht nur bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

Unternehmen können insoweit nur Vorsorge dabei betreiben, dass ein Virus nicht in das Unternehmen getragen bzw. im Falle eines Ausbruches im Unternehmen nicht weiterverbreitet wird. Neben dem Schutz der Mitarbeitergesundheit sollten Unternehmen Vorsorge treffen, dass ihre Arbeitsprozesse und Lieferketten im Rahmen der Möglichkeiten bestmöglich gesichert werden. Deswegen sind wir weiterhin der Ansicht, dass sich eine unterbliebene bzw. mangelhafte Risikoprävention mit Blick auf die Absicherung unter einer privatwirtschaftlich-staatlich finanzierten Pandemieabsicherung negativ auswirken muss.

Unternehmen haben einerseits keine Möglichkeiten, auf die öffentlich-rechtlichen Entscheidungen über Betriebsschließungen bzw. -einschränkungen einzuwirken, tragen aber andererseits die wirtschaftlichen Folgen einer solchen Entscheidung. Dementsprechend halten wir es weiterhin für dringend angeraten, dass auf EU- und nationaler Ebene die jeweiligen Regierungen, in Deutschland die Bundesregierung, gemeinsam mit Vertretern aus Wirtschaft und Industrie über mögliche Risikobewältigungsmaßnahmen ergebnisorientiert diskutieren und hierbei auch die Absicherung in Form einer privatwirtschaftlich-staatlich finanzierten Versicherungslösung erörtert wird. Ein Modell für eine solche Lösung könnte der Terrorversicherers EXTREMUS AG sein, dessen Infrastruktur in Deutschland dafür genutzt werden könnte.

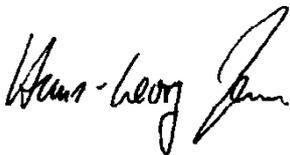
Eine PPP-Lösung würde den Staaten eine gewisse „Planungssicherheit“ hinsichtlich von Pandemie-Risiken geben und die Möglichkeit von ungeplanten staatlichen Unterstützungsaktionen für die Wirtschaft, wie 2020 und 2021, deutlich reduzieren und damit den Steuerzahler

entlasten. Diese Reduzierung würde sich über die Jahre durch Anwachsen des Eigenkapitals des PPP-Versicherers weiter erhöhen.

Darüber hinaus wünschen wir uns eine Diskussion darüber, wie die Gründung und Administration sog. Captive-Versicherungen und allgemein die Bereitstellung von Risikokapital zur Finanzierung unkalkulierbarer Risiken in Unternehmen in Deutschland erleichtert werden kann. Dies würde gerade den Unternehmen helfen, die bereit und/oder gezwungen sind, ihre Risiken in Teilen oder ganz selber zu tragen, weil z. B. der Versicherungsmarkt keine ausreichenden Absicherungskonzepte anbietet.

Der GVNW und der BDVM sind weiterhin daran interessiert, uns in eine Diskussion über die Absicherungsmechanismen für zukünftige Pandemieszenarien konstruktiv einzubringen.

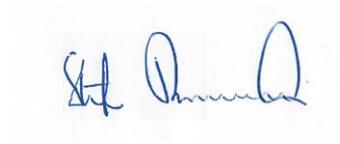
Hamburg, den 22.03.2021



Dr. Hans-Georg Jensen
Geschäftsführender Vorstand

Bundesverband Deutscher
Versicherungsmakler e.V.

Bonn, den 22.03.2021



Stefan Rosenowski
Geschäftsführer

Gesamtverband der
versicherungnehmenden
Wirtschaft e.V.